

Historiker wünscht sich „Runden Tisch“ nach DDR-Vorbild

Von Claudia Marsal

Dr. René Schlott nimmt kein Blatt vor den Mund: „Der Mensch wird nur noch als potenzieller Virenüberträger gesehen. Ich fürchte, dass sich nicht alles an einem Tag X wieder ausschalten und rückgängig machen lässt.“

UCKERMARK. „Wird die offene Gesellschaft erwürgt, um sie zu retten?“ – mit provokanten Fragen wie diesen ruft der Historiker Dr. René Schlott seit Monaten zur Debatte über die Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseinschränkungen in Pandemie-Zeiten auf. Der Wissenschaftler kommt am Donnerstag, dem 28. Oktober, ab 18 Uhr auf Einladung von Pfarrer Thomas Dietz in die Malchower Kirche, um über seine Thesen zu diskutieren. Der 44-jährige wird seit Beginn der Coronakrise nicht müde, in Interviews zu erklären, wie schnell vermeintlich stabile

gesellschaftliche Zustände brüchig werden könnten. Er selbst hat damals im katholischen Eichsfeld das Ende der DDR erlebt.

Die Corona-Restriktionen könnten wieder dazu führen, dass über Jahrhunderte erkämpfte Rechte auf lange Sicht Schaden nehmen, ist der Dozent überzeugt. Wer derzeit die Worte „Freiheit“, „Grundrechte“ oder „Grundgesetz“ in den Mund nehme, gerate schnell unter Rechtfertigungsdruck. Der Staat sei in Versuchung, alle Maßnahmen einzusetzen, um die Menschen vor der Pandemie zu schützen und stehe unter Handlungsdruck, das hatte Schlott schon Anfang 2020 in einem viel beachteten Interview für das Bundesministerium für Forschung und Wissenschaft erklärt: „Der Mensch wird nur noch als potenzieller Virenüberträger gesehen. Schon jetzt sind die Beschränkungen und deren Folgen massiv. Ich fürchte,

dass sich nicht alles an einem Tag X wieder ausschalten und rückgängig machen lässt. Der Zweck darf nicht die Mittel heiligen.“

Der 1977 in Mühlhausen Geborene sagt weiter, dass er als Historiker und als Staatsbürger das Privileg habe, Entscheidungen in einer demokratischen Gesellschaft mit Blick auf die Geschichte kritisch hinterfragen zu können, ohne ein Risiko einzugehen: „Bei jeder einzelnen Maßnahme, so berechtigt sie auch sein mag, ist es wichtig, eine historische Perspektive einzunehmen, zu fragen, ob es hier tatsächlich zu Ausgangsbeschränkungen, zu innerdeutschen Grenzkontrollen oder zur faktischen Aussetzung des Asylrechts kommen darf. Auch und gerade in Krisen-Zeiten muss das kritische Hinterfragen all dieser Maßnahmen erlaubt sein und bleiben.“

Was das anbelangt, sei er von vielen anderen Wissen-



Dr. René Schlott kommt am 28. Oktober nach Malchow in die Dorfkirche. FOTO: A. ANKNER

schaftlern enttäuscht: „Wir können doch nicht unsere Studenten ermutigen, alles zu hinterfragen, und es dann selbst nicht tun. Vor allem aber sollten wir diejenigen, die kritische Fragen stellen, nicht diffamieren. Die Meinungsfreiheit ist lebensnotwendig für die De-

mokratië. Wenn wir als von Steuern bezahlte Angestellte etwas haben, dann ist es eine Bringschuld gegenüber der Gesellschaft, nämlich auszusprechen, wenn uns eine Entwicklung Sorgen macht.“ Aus diesem Grund habe er sich, so Schlott, der Initiative „Alles auf den Tisch“ angeschlossen: „Während der friedlichen Revolution in der DDR wurde in einer Zeit der Unsicherheit ein Runder Tisch gebildet aus allen gesellschaftlichen Gruppen. Genau das würde ich mir jetzt auch wünschen. Das Gremium könnte ohne Vorverurteilungen über die Entwicklungen und Fehlentwicklungen der vergangenen 18 Monate diskutieren, helfen gesellschaftliche Gräben zu überwinden und die Polarisierung abzubauen.“

Was die Zukunft anbelangt, ist dem Familienvater, der zwei Kinder im Schulalter hat, „nicht bange. Ich bin optimistisch, weil ich gesehen habe, dass es immer

mehr Menschen werden – Wissenschaftler, Ärzte, Journalisten..., die nicht mehr mitmachen und die oft trotz großer Schwierigkeiten widerstehen.“ Die Geschichte habe gezeigt, „je stärker die Repressalien sind, desto kreativer werden die Menschen. Das kennen wir noch aus der DDR, vieles wurde nach außen hin abgenickt, aber insgeheim unterlaufen. So lief es in den Lockdowns, und so ist es auch jetzt beim Testen und Impfen zu beobachten. Meiner Meinung nach muss sich der Staat nicht wundern, dass er hintergangen wird, wenn er unsinnige Regeln aufstellt. Jeder muss für sich entscheiden, inwiefern er bereit ist, da mitzugehen oder aber eben das Ganze zu unterlaufen. Ich verurteile beide Seiten nicht.“

Anmeldung unter
Telefon 039854 546

Kontakt zur Autorin
c.marsal@nordkurier.de